



07.09.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

heute hat der Deutsche Bundestag in seiner letzten regulären Sitzung vor der neuen Wahlperiode getagt. Neben einer Debatte um die Zukunft unseres Landes haben wir Hilfen für die Gebiete beschlossen, die von der Flutkatastrophe betroffen sind und einen wichtigen Schritt im Bereich der Ganztagsbetreuung nach vorne gemacht.

„Eine weiterhin von CSU und CDU-geführte Bundesregierung würde Wohlstand und Arbeitsplätze kosten“ hat Olaf Scholz heute im Bundestag deutlich gemacht. Und er hat drei zentrale Garantien für alle Bürgerinnen und Bürger abgegeben:

1. Eine Kindergrundsicherung, damit kein Kind in Deutschland mehr in Armut aufwachsen muss
2. 400.000 neu gebaute Wohnungen jedes Jahr, davon 100.000 sozial-geförderte, um die Wohnungsnot zu bekämpfen
3. Ein stabiles Rentenniveau und keine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Damit das gelingt stärken wir den Arbeitsmarkt und sorgen für bessere Löhne.

Olaf Scholz hat deutlich gemacht, dass es nicht egal ist, wer unser Land regiert. Er hat in seiner Rede gezeigt, dass er Kanzler kann. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro werden **10 Millionen Menschen in Deutschland profitieren**. Gemeinsam wollen wir eine Gesellschaft des gegenseitigen Respekts etablieren und Deutschland in einem der entscheidendsten Jahrzehnte fit für die großen Herausforderungen unserer Zeit machen. [\(Hier geht es zu seiner ganzen Rede\)](#)

Die schrecklichen Bilder aus Rheinland-Pfalz, Bayern und Nordrhein-Westfalen sind und werden uns lange im Gedächtnis bleiben. Es ist eine Tragödie, dass so viele Menschen ihr Leben in der Flut verloren haben. Olaf Scholz hat es direkt nach der Katastrophe gesagt: Das, was man mit Geld in Ordnung bringen kann, werden wir in Ordnung bringen. Dafür haben wir heute 30 Milliarden Euro für den Wiederaufbau bereitgestellt. Außerdem setzen wir die Insolvenzpflicht für Unternehmen in den Regionen aus, damit diese Zeit haben, wieder auf die Beine zu kommen. So sichern wir nicht nur wirtschaftliche Existenzen, sondern auch viele Arbeitsplätze, die sonst verloren gehen würden. Der Wiederaufbau in den entsprechenden Regionen wird uns noch lange beschäftigen. Vor allem im Bereich der Infrastruktur werden wir unsere gesamte Kraft bemühen müssen, damit alle Menschen vor Ort schnellstmöglich wieder zurück zu ihrem Leben vor der Katastrophe kommen können – sofern dies überhaupt möglich ist. **Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich allen Helferinnen und Helfern, insbesondere dem THW Dillenburg und Wetzlar, den Maltesern, den Feuerwehrverbänden und dem Deutschen Roten Kreuz und allen anderen aus meinem Wahlkreis, die mit ihrem Einsatz in den Katastrophengebieten dafür sorgen, dass den Menschen vor Ort Hoffnung gegeben werden kann.**

Mit einer Impfung gegen das Corona-Virus schützt man sich nicht nur selbst, sondern auch seine Mitmenschen und zeigt sich solidarisch mit denjenigen, die sich (noch) nicht impfen lassen dürfen, wie zum Beispiel Kinder unter 12 Jahren. Die Impfquote ist leider immer noch zu gering. Es haben sich zwar inzwischen über 60 Prozent in Deutschland zweifach impfen lassen, trotzdem ermutige ich alle, die es noch nicht getan haben, sich gegen das Virus impfen zu lassen. Die Impfungen sind unser Weg aus der Krise. Wir haben heute die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass neben den Inzidenzwerten, auch die Hospitalisierungsrate ausschlaggebend für Maßnahmen sein kann. Denn umso mehr Menschen geimpft sind, umso ausdruckschwächer wird der reine Blick auf den Inzidenzwert.

Zudem dürfen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in den besonders schutzbedürftigen Bereichen, wie Schulen, Kitas oder in Altenpflegeeinrichtungen den Impfstatus ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abfragen. Persönliche Gesundheitsdaten sind sehr privat und gehen niemanden etwas an. Deshalb haben wir hohe datenschutzrechtliche Hürden festgelegt. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dürfen den Impfstatus nur abfragen, wenn es dem konkreten Infektionsschutz dient. Zudem dürfen Gesundheitsdaten nur für die Dauer der pandemischen Lage abgefragt werden. Damit haben wir sichergestellt, dass es kein Einfallstor in die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten ist und der Eingriff zeitlich und sachlich begrenzt ist.

Im Juni haben wir im Bundestag den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung beschlossen. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren gab es von Seiten der Bundesländer im Bundesrat Fragen bezüglich der Finanzierung. Deshalb hat der Bundesrat dem Gesetz nicht zugestimmt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Dieses Gremium vermittelt zwischen Bundestag und Bundesrat und ist zu einer Einigung gekommen, weshalb wir heute das Gesetz endgültig beschließen konnten. Der Bund beteiligt sich nun aufwachsend bis 2030 mit 1,3 Milliarden Euro jährlich an den Betriebskosten der Länder, statt wie vorher mit 960 Millionen. Gleichzeitig können die Investitionshilfen auch für baulich Investitionen verwendet werden – bisher war vorgesehen, dass sie nur dann genutzt werden können, wenn dadurch neue Plätze im Ganztags geschaffen werden. Ich freue mich sehr darüber, dass wir das Gesetz heute beschließen konnten und hoffe, dass auch der Bundesrat diesmal seine Zustimmung gibt. [\(Mehr dazu gibt es hier im Video mit der Bundesministerin Christine Lambrecht\)](#)

Ab 2026 erhalten alle Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Dieser Anspruch wird jedes Jahr um eine Jahrgangsstufe erweitert bis 2029 jedes Kind einen Ganztagsplatz in Deutschland garantiert haben wird. Das ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den ich gerne schneller erreicht hätte. Ich bin aber sehr froh, dass ein guter Anfang gemacht ist. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir dann den nächsten großen Schritt gehen und dafür sorgen, dass kein Kind mehr in Deutschland in Armut aufwachsen muss. Wir wollen es den Familien leichter machen. [\(Mehr dazu gibt es hier\)](#)



Zum Schluss noch ein Ausblick auf die kommenden Termine: Morgen ist der Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers in Wetzlar zu Besuch. Gemeinsam besichtigen wir zuerst das Albert-Schweitzer-Kinderdorf und diskutieren anschließend mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften und Verbänden darüber, was Kinder jetzt während der Pandemie brauchen. Alle Interessierten können die Diskussion auf meiner Facebook-Seite live mitverfolgen.

Beginn ist um 15 Uhr. Am Donnerstagabend spreche ich mit dem stellv. Parteivorsitzenden der SPD, Kevin Kühnert, darüber was wir für Auszubildende erreichen wollen. Los geht es um 18 Uhr. Zur digitalen Veranstaltung können sich alle unter [www.spdldk.de/guteausbildung](http://www.spdldk.de/guteausbildung) anmelden.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

